Artikel vom 09.09.2026 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 14:20 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/bodenlos

Bodenlos



LZ-Chefredakteur Detlef Steinert

Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer beschreibt die aktuelle Situation in der Landwirtschaft als „Krise nationaler Tragweite“. Von einem Notstand will er aber nicht sprechen. Einzelne Betriebe dürften das anders empfinden und sich gegebenenfalls nicht mehr anders zu helfen wissen, als Grund und Boden zu veräußern.

Die wirtschaftliche Lage vieler Marktfruchtbetriebe im Rheinland hat sich im Wirtschaftsjahr 2024/25 gegenüber einem außergewöhnlich guten Vorjahr verschlechtert. Für 2025/26 und das laufende Wirtschaftsjahr dürfte die Prognose nicht besser ausfallen. Denn, das ist sattsam bekannt, die Erzeugerpreise befinden sich nicht gerade auf einem Höhenflug, die Betriebskosten dagegen schon eher. Da stellt sich für manchen schon die Frage, wie sieht es mit den magischen drei Kennzahlen Stabilität, Rentabilität und Liquidität aus?

Phasen mangelnder Rentabilität kann mancher schon mal überbrücken, wenn genügend Eigenkapital vorhanden ist. Für ein gewisses Maß an Stabilität sorgt zumindest in vielen Familienbetrieben die Tatsache, dass auch mal der Gürtel etwas enger geschnallt wird. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Mittel- und langfristig kann ein Betrieb sich nur entwickeln, wenn alle drei Kennzahlen stimmen. Gerade in Krisenphasen kann es aber erforderlich sein, die Gewichtung etwas zu verschieben: Liquidität geht dann durchaus vor Rentabilität.

Aber was tun, wenn es an Liquidität fehlt? Mit der Bank sprechen, um den Kreditrahmen zu erweitern, ist eine Möglichkeit. Die führt aber nicht in jeder Konstellation zum gewünschten Erfolg. Eine andere, oft die letzte Möglichkeit: Betriebsmittel versilbern und weiternutzen. Schließlich liest man immer wieder einmal Anzeigen in einschlägigen Zeitschriften: Ackerland zu verkaufen, Rückpacht Voraussetzung. Leider geben die amtlichen Statistiken zu den Bodengeschäften im Rheinland (siehe S. 36) keine Auskunft darüber, wer aus welchen Gründen an wen seinen Grund und Boden verkauft. Aber aus ihnen darf man mit ziemlicher Gewissheit ableiten, dass dieses Mittel im Rheinland doch eher selten genutzt wird und wenn, dann nur mit kleinen Häppchen. Allerdings mit leicht steigender Tendenz: So ist die Zahl der Veräußerungen im Rheinland von 2024 auf 2025 um gut 20 % angestiegen. Registriert wurden 1 445 Fälle mit durchschnittlich 1,88 ha je Fall im Regierungsbezirk Düsseldorf und 1,46 ha im Regierungsbezirk Köln. Natürlich spiegeln statistische Durchschnittswerte nicht den Ausreißer wider, wo eine komplette Betriebsaufgabe, zum Beispiel aus Insolvenzgründen, dahinter steht. Aber man kann die Statistik durchaus positiv interpretieren, dass im Durchschnitt der Betriebe die aktuelle Lage so stabil ist, dass sie nicht zu dem Notnagel (freiwilliger) Flächenverkäufe greifen müssen. Hinzu kommt, dass mutmaßlich ein erklecklicher Teil der Bodenverkäufe auf Erben oder Erbengemeinschaften zurückzuführen ist, die keinerlei Bodenhaftung mehr haben.

Wie sieht es allerdings in Zukunft aus, wenn wegen schlechter Ernteergebnisse und (anhaltend) schlechter Preise keine Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage in Sicht ist? Bundesminister Rainer hat in der vergangenen Woche bei der Vorstellung seines Erntеberichts die Situation als „Krise nationaler Tragweite“ beschrieben und darauf hingewiesen, dass die Ursachen nicht allein in den Ernteergebnissen liegen. Unter anderem mit zwei Liquiditätsprogrammen wollen er und die Landwirtschaftliche Rentenbank besonders betroffenen Betrieben über die Runden helfen. Allerdings müssen diese Finanzspritzen irgendwann wieder zurückfließen. Woher werden die Mittel dafür kommen, wenn sich die Schere zwischen Erlösen und Kosten nicht wieder deutlich schließt und die Betriebe Kapital bilden können? Gut möglich, dass es dann der Griff zum Boden richten muss. Doch der Preis, den sie dafür bezahlen, könnte hoch sein – weil ein

steigendes Angebot auch auf guten Standorten die Preise drücken könnte (immerhin weist die Statistik für Schleswig-Holstein und Niedersachsen und zum Teil auch für NRW rückläufige Kaufpreise aus) und (Rückpachtmöglichkeit vorausgesetzt) die Pachtkosten steigen.